

NATIONALRAT
Frühjahrssession 2024

Fragestunde vom 11. März 2024

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement des Innern

24.7141 Sormanni. AHV: Anzahl an Maximalrenten sinkt

Bei der Zahl der AHV-Maximalrenten zeichnet sich ein deutlicher Rückgang ab.

- Wie kann es sein, dass viele Rentnerinnen und Rentner keine Maximalrente erhalten, obwohl sie 44 Jahre lang AHV-Beiträge gezahlt und das erforderliche Durchschnittseinkommen erreicht haben?
- Nach welchen gesetzlichen Bestimmungen ist es möglich, diesen Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern die Maximalrente vorzuenthalten?

24.7143 Christ. Zulassung Medikament mit Genscheren-Technologie in Grossbritannien

In Grossbritannien ist weltweit erstmals ein Medikament gegen genetisch bedingte Bluterkrankungen für Patienten ab zwölf Jahren zugelassen worden, das auf der Genscheren-Technologie Crispr basiert. Klinische Studien zeigen eine Erfolgsquote von über 90 % der behandelten Patienten.

- Ist eine solche Zulassung in der Schweiz auch möglich?
- Wie sehen Regulierung/Zulassungsverfahren bei uns konkret aus?

24.7149 Feller. 13. AHV-Rente. Alles zu Weihnachten oder über das Jahr verteilt?

Laut einem Artikel in der Tageszeitung Der Bund vom 4. März 2024 bevorzugt das Bundesamt für Sozialversicherungen eine monatliche Auszahlung der 13. AHV-Rente. Die am 3. März 2024 in der Volksabstimmung angenommene Initiative spricht in ihrem Titel jedoch von einer «13. AHV-Rente». Gemäss dem Verfassungstext haben Bezügerinnen und Bezüger Anspruch auf einen «jährlichen Zuschlag in der Höhe eines Zwölftels ihrer jährlichen Rente». In der Botschaft des Bundesrates (Seite 8) heisst es, der Zuschlag werde «einmal pro Jahr» auf die Altersrente geschlagen.

Was gilt nun?

24.7155 Bläsi. Antisemitischer Angriff in Zürich am 2. März 2024

- Welche Strategien zieht der Bundesrat nach dieser abscheulichen Tat in Betracht?
- Wie will der Bundesrat den Anstieg antisemitischer Handlungen in der Schweiz eindämmen, der sich im Jahr 2023 auf 68 Prozent belief (vgl. Jahresbericht 2023 der CICAD)?

24.7159 Roduit. Wie viel finanzielle Unterstützung für die CEPI in den Jahren 2025 und 2026?

Gesundheitskrisen wie Covid-19 bringen erhebliche Verluste mit sich. In seiner Krisenstrategie empfiehlt der Bundesrat, die CEPI (Coalition for Epidemic Preparedness Innovations, Deutsch: Koalition für Innovationen in der Epidemievorbeugung) zu unterstützen. Die Beiträge der Schweiz für die Jahre 2025 und 2026 werden in der Finanzplanung jedoch nicht erwähnt, und das neue Epidemiegesetz wird erst 2027 in Kraft treten.

Inwiefern will man in den nächsten Jahren eine Unterfinanzierung vermeiden?

24.7162**Roduit. Sind die im Rahmen eines Gutachtens anfallenden Kosten an die Realität anzupassen?**

Laut «Blick» hat die Invalidenversicherung einen Oberwalliser mehrmals zu einem Gutachten nach St. Gallen geschickt - teilweise ohne Möglichkeit, mit öffentlichen Verkehrsmitteln am selben Tag zurückzufahren.

1. Warum vergütet die IV die Hotelkosten in einem solchen Fall nicht von sich aus, sondern erst nach Veröffentlichung des Vorfalls in einer Zeitung?
2. Die Rückerstattung einer Hotelübernachtung ist auf 37.50 Franken begrenzt. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die IV ihre Praxis überdenken und die Beträge an die Realität anpassen sollte?

24.7165**Lohr. MepV betreffend Hyaluron der Realität anpassen**

In der Antwort auf die Ip. 23.4149 «Nicht fachgerechte Injektionsbehandlungen mit Hyaluronsäure» sagt der BR, dass in der MepV geregelt ist: Produkte, die länger als 30 Tage im Körper bleiben, dürfen nur durch Ärzte/innen injiziert werden. Doch es finden unsachgemässe Anwendungen statt, die zu Schäden führen, welche von Dermatologen/innen behandelt werden müssen. Es besteht Handlungsbedarf, die MepV greift nicht genügend.

Was tut der Bundesrat, um dieser Problematik entgegenzuwirken?

24.7166**Lohr. Hyaluron: kantonalen Vollzugsnotstand korrigieren**

Experten betonen, dass bei Hyaluronsäure die genaue Verbleibdauer nicht vorausgesagt werden kann und eine Begrenzung auf 30 Tage nicht korrekt ist.

- Weshalb hält der Bundesrat in seiner Antwort auf die Ip. 23.4149 dennoch weiterhin an der 30-Tage-Grenze fest?
- Wie will der Bundesrat dafür sorgen - um auch dem kantonalen Vollzugsnotstand zu begegnen - generell das Injizieren von Hyaluronsäure-Produkten in den Händen von jenen Fachpersonen zu belassen, welche entsprechend ausgebildet sind?

24.7167**Lohr. Hyaluron: Patientinnen aktiv vor möglichen Folgeschäden schützen**

In seiner Antwort auf die Interpellation 23.4149 «Nicht fachgerechte Injektionsbehandlungen mit Hyaluronsäure» sagt der Bundesrat, es liege «in der Verantwortung der Kundinnen und Kunden sich vorgängig über die behandelnde Einrichtung zu informieren». Es darf nicht erwartet werden, dass Patient/innen die Medizinprodukteverordnung kennen und sich der möglichen Folgeschäden bewusst sind. Wie will der Bundesrat den Anspruch der Patientensicherheit erfüllen?

24.7169**Rechsteiner Thomas. Nach dem JA zur 13. AHV Rente: Wer soll das bezahlen?**

Das Volk hat gesprochen: Die 13. AHV-Rente ist angenommen worden. Kostenpunkt rund 5 Milliarden Franken pro Jahr. Wer das bezahlen soll, haben die Initianten nicht gesagt.

1. Welche Finanzierungsmöglichkeit favorisiert der Bundesrat?
2. Teilt der Bundesrat meine Auffassung, dass die Wirtschaft möglichst wenig belastet werden soll?
3. Ist der Bundesrat ebenfalls meiner Meinung, dass auch die Rentnerinnen und Rentner ihren Beitrag zur Finanzierung leisten sollen?

[24.7173](#)**Bläsi. Recherche der Zeitung Le Temps vom 2. März 2024 zu den von den Krankenkassen erhaltenen Retrozessionen: Wem soll man glauben?**

Die Krankenkassen haben über die «Leistungsorientierte Abgeltung der Apothekerinnen und Apotheker» (LOA) IV 1,6 Milliarden Franken erhalten, was 2,2 Prozent der Kosten zulasten der OKP entspricht.

- Was ist mit der Vielzahl an Vereinbarungen zu den restlichen 97,8 Prozent?

Es brauchte zwölf Jahre (2004-2016), um ein Reglement zum LOA-Fonds zu verabschieden; zu diesem Fonds gibt es keine Informationen mehr:

- Höhe des Fonds? KVG-konform? Was ist mit der Aufsicht?

- Wem soll man nun glauben: den aufschlussreichen Ergebnissen der Recherchen von Le Temps oder den Antworten des Bundesrates?

[24.7177](#)**Wettstein. Ausreichende personelle Ressourcen für die Pestizidzulassungsstelle**

Bereits 2019 hat der Bericht der Revisionsstelle KPMG auf Verzögerungen bei der Zulassung hingewiesen, die auf mangelnde Personalressourcen zurückzuführen sind. Damit in Zukunft weniger gesundheits- und umweltschädliche Produkte zugelassen werden, ist es entscheidend, dass die Zulassungsstelle über genügend Personal verfügt. Ist der Bundesrat bereit, dem Parlament einen Nachtragskredit zu unterbreiten, mit dem Ziel, prioritär die Zulassung von Pestiziden mit geringeren Risiken voranzutreiben?

[24.7178](#)**Wyssmann. Führt eine Ratifizierung des WHO-Pandemiepakts zu bindenden völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz?**

Auf meine Frage 24.7038 antwortete der Bundesrat, dass der WHO-Pandemiepakt sowohl rechtlich verbindende als auch nicht verbindende Elemente enthält. Damit kann es sich beim Pandemiepakt nicht um Soft-Law handeln.

Führt eine Ratifizierung des WHO-Pandemiepakts durch die Schweiz aufgrund seiner rechtlich bindenden Elemente zu verbindlichen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz?

[24.7179](#)**Reimann Lukas. Kostenwahrheit - Trennung von AHV und IV**

Nach der Abstimmung vom Sonntag und der heutigen Forderung einer 13. IV-Rente des Dachverbandes Behinderten Organisationen Schweiz wird die Trennung von Einnahmen und Ausgaben dieser beiden Sozialwerke immer bedeutsamer. Krankheit/Unfall und Arbeitsrente sind zwei Paar Schuhe.

- Wie sieht die aktuelle Aufschlüsselung der AHV und IV Einnahmen/Ausgaben aus?

- Sind IV Ausgaben tendenziell steigend?

- Aus welchen Gründen?

- Hat die IV aktuell bei der AHV noch Schulden und wie hoch sind diese?

[24.7184](#)**Alijaj. Anstieg der Prävalenz**

Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um den Anstieg der Prävalenz von nichtübertragbaren Krankheiten zu stoppen?

24.7204 Thalmann-Bieri. Bei der Covid-Impfung wurde "nicht die Übertragung von einer Person auf die andere" getestet

Wie lief der Zulassungsprozess der mRNA-Impfung ab:

1. War es die PCR Version? Oder die Bakterien Version? Grund?
2. Wie lief diese schnelle Massenproduktion ab?

Wurde mit der Bakterien Version produziert?

Mit welcher Grundlagen-Studie wurde dies ermöglicht?

3. Die EMA bagatellisiert die möglichen Nebenwirkungen und die rasche Einsetzung dieser Impfung.

Wie gedenkt der Bundesrat hier vorzugehen, um eine Aufarbeitung dieses Umstandes zu lancieren.

Wird er diese mRNA Impfungen sistieren?

24.7210 Klopfenstein Broggin. Kontaminationen mit Prosulfocarb: Wurde die Flüchtigkeit untersucht?

In seiner Antwort auf meine Frage 24.7062 schreibt der Bundesrat, dass 5 Prozent der Produkte von den kantonalen Vollzugsbehörden beanstandet worden seien, da sie die zulässigen Rückstandsgrenzwerte für Prosulfocarb überschritten hätten oder weil die Verwendung des Herbizids auf der betreffenden Kultur nicht erlaubt gewesen sei.

- Wurde die Flüchtigkeit von Prosulfocarb während des Zulassungsverfahrens untersucht?
- Wie gefährlich ist Prosulfocarb für Menschen, die Umwelt und angrenzende Kulturen?

24.7211 Brizzi. IV und Krankentaggeldversicherung

Gemäss Art. 18c IVG kann die IV allfällige Prämienerhöhungen der Krankentaggeldversicherung abfedern.

- Wie oft zahlt die IV an Prämienerhöhungen der Krankentaggeldversicherung?
- In wie vielen Fällen wurde in den letzten Jahren (Fälle pro Jahr) von dieser Regelung Gebrauch gemacht?

24.7213 Klopfenstein Broggin. Pestizidrückstände in Lebensmitteln: für ein langfristiges Monitoring der gesundheitlichen Auswirkungen in der Schweizer Gesundheitsstudie

In Beantwortung meiner Frage 23.7868 schreibt der Bundesrat, dass die Überschreitungen der zulässigen Rückstandsgrenzwerte für Pestizide im Jahr 2022 keine Gefahr für die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten dargestellt hätten.

- Wie kann der Bundesrat die Langzeitriskien von Pestizidrückständen in Lebensmitteln kennen, wenn kein Human Biomonitoring eingeführt wird?
- Plant der Bundesrat ein entsprechendes Follow-up in der Schweizer Gesundheitsstudie?

24.7223 Wyssmann. EL: Wie viele Fälle gibt es?

Gemäss Rz. 3640.01 und 02 der Wegleitung über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL) kann pro Tag, der nicht im Heim verbracht und vom Heim nicht in Rechnung gestellt wird, 1/20 des Mindestbetrages der vollen Altersrente zu den Ausgaben hinzugefügt werden.

Wie viele Personen pro Jahr erhalten gemäss dieser Regel Beiträge?

[24.7228](#)**Gredig. Subventionen im Umweltsektor: Werden allfällige negativen Auswirkungen von Subventionen auch berücksichtigt?**

Gemäss der aktuellen Umweltgesamtrechnung des Bundesamtes für Statistik machten im Jahr 2022 Subventionen und sonstige Transfers zum Schutz der Umwelt oder zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen 1,6% der gesamten Subventionen des Staates aus. Werden Subventionen und sonstige Transfers, die sich negativ auf den Schutz der Umwelt oder die Erhaltung der natürlichen Ressourcen auswirken, in dieser Berechnung berücksichtigt?

Wenn ja, wie genau?

Wenn nein, warum nicht?

[24.7230](#)**Hässig Patrick. Ist die Finanzierung des EPD's gefährdet?**

1. Die Post ist der Hauptinvestor des elektronischen Patientendossiers (EPD). Wie gross ist das Risiko, dass der VR der Post die EPD Finanzierung einstellt, falls das Obligatorium für ambulante Leistungserbringer erst in 6-7 Jahren kommt?
2. Welchen Nutzen hat das EPD ohne Einbezug der niedergelassenen Leistungserbringer?

[24.7240](#)**Walder. Verhandlungen über einen WHO-Pandemievertrag: Wie steht der Bundesrat zur Aufnahme von «non-state autonomous health entities»?**

Bei den Verhandlungen innerhalb der WHO über einen Pandemievertrag geht es unter anderem darum, ob sich der Wortlaut des Vertrags nur auf Staaten beziehen soll oder ob auch «non-state autonomous health-entities» eingeschlossen sein sollen. Angesichts der Bedeutung dieses Vertrags ist es zweckmässig, ihn so breit wie möglich zu fassen; insbesondere mit Blick auf Gebiete, in denen staatlich keine ausreichende Gesundheitspolitik gewährleistet ist.

Teilt der Bundesrat diese Ansicht und wird er diese auch vertreten?

Departement für auswärtige Angelegenheiten[24.7154](#)**Marti Min Li. Hinrichtungen im Iran**

Im vergangenen Jahr wurden im Iran laut den Vereinten Nationen mindestens 834 Menschen hingerichtet, ein Grossteil der Hingerichteten waren Angehörige von ethnischen Minderheiten. Seit Januar 2024 wurden bereits 82 Menschen exekutiert.

1. Wie hat die Schweiz auf die Hinrichtungswelle im Iran reagiert?
2. Wie oft hat die Schweiz offiziell bei der Islamischen Republik Protest eingelegt?
3. Wie oft wurde der Iranische Botschafter einbestellt?

[24.7199](#)**Molina. Humanitäre Katastrophe im Sudan: Was tut die Schweiz?**

Seit dem 15. April 2023 tobt im Sudan ein Bürgerkrieg, der bereits neun Millionen Sudanese/innen zur Flucht gezwungen hat.

1. Hat der Bundesrat die Vermittlung der Schweiz zwischen den Kriegsparteien angeboten?
2. Ist er bereit, Einreise- und Kontosperrungen gegen die Verantwortlichen des Krieges und ein Importverbot für sudanesisches Gold zu verhängen?
3. In welchem Ausmass leistet die Schweiz 2024 humanitäre Hilfe? Wird diese ausgebaut?
4. Ist er bereit, die vorläufige Aufnahme von Flüchtlingen zu erleichtern?

24.7225 Friedl Claudia. Humanitäre Katastrophe im Sudan - Engagement der Schweiz

Im Schatten der Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen ereignet sich im Sudan eine humanitäre Katastrophe. Gemäss IKRK sind 20 Millionen Menschen von Hunger bedroht. 7.5 Millionen Menschen mussten bereits ihre Heimat verlassen und fliehen. Es droht zudem eine Choleraepidemie.

- Welche humanitären Massnahmen ergreift die Schweiz?
- Welches diplomatische Engagement zeigt die Schweiz zur Beilegung des Konflikts?
- Setzt sie sich im Weltsicherheitsrat für eine Verbesserung der Situation im Sudan ein?

24.7205 Farinelli. Zerstörung des armenischen Kulturerbes in Karabach durch Aserbaidshon

Seit dem Angriff auf Bergkarabach (19. September 2023) unternimmt Aserbaidshon grosse Anstrengungen, um alle Spuren armenischer Geschichte und Architektur auf karabachischem Gebiet zu beseitigen, wie es dies bereits im Dezember 2005 in Nachitschewan getan hat, als es die Nekropole von Dschulfa in wenigen Tagen buchstäblich pulverisiert hat.

Was gedenkt der Bundesrat insbesondere im UNO-Sicherheitsrat zu unternehmen, um dieses Vorgehen zu stoppen?

24.7208 Walder. Gefahr eines aserbaidshonischen Militärschlags gegen Armenien: Weshalb schweigt das EDA?

Die Gefahr eines Militärschlags gegen Armenien ist real. Das Europäische Parlament hat gerade einen Bericht verabschiedet, in welchem es ankündigt, Sanktionen verhängen zu wollen, sollte es tatsächlich zu einem solchen Militärschlag kommen. Allerdings wird es dann bereits zu spät sein, genau wie bei der ethnischen Säuberung in Bergkarabach.

- Was hat der Bundesrat unternommen, um die Regierung Alijew von einem solchen Militärschlag abzuhalten?
- Wird der Bundesrat - obwohl ein solcher Militärschlag nicht gewiss ist - Massnahmen ergreifen, um die Geschäftstätigkeit von SOCAR, einem Unternehmen, das an der Finanzierung der aserbaidshonischen Kriegsanstrengungen beteiligt ist, in der Schweiz einzuschränken?

24.7209 Töngi. Honorarkonsul auf Abwegen - schaut das EDA weg?

Warum widerruft das EDA die Anerkennung des belarusischen Honorarkonsuls in Luzern, Hermann Alexander Beyeler, nicht, obwohl sich dieser in Belarus zu Propagandazwecken als offizieller Vertreter der Schweiz inszeniert, gemäss Medienberichten durch sein Amt offenbar geschäftliche Vorteile in Belarus erzielt und durch sein Auftreten augenscheinlich die Ziele der Schweizer Aussenpolitik nach Förderung von Demokratie und Menschenrechten untergräbt?

24.7219 Roth Pasquier. Wurden mit der Reorganisation «Fit For Purpose» in der DEZA die festgelegten Ziele erreicht?

Im September 2022 wurde mit der Reorganisation «Fit For Purpose» eine neue Organisationsstruktur für die verschiedenen Abteilungen der DEZA eingeführt.

1. Kann derzeit davon ausgegangen werden, dass mit der Reorganisation die gesetzten Ziele erreicht wurden und diese somit erfolgreich war?
2. Haben die einzelnen Abteilungen der DEZA ihre jeweiligen Ziele erreicht? Sind diese Ergebnisse öffentlich?
3. In welchen Bereichen gibt es Mängel, die behoben werden müssen?

24.7226 Friedl Claudia. Engagement der Schweiz in Belarus für Menschenrechtsaktivist:innen

Nach UN-Angaben gibt es fast 1500 politische Gefangene in Belarus, viele seit der gefälschten Wahl von 2020. Seit einem Jahr ist der Friedensnobelpreisträger Ales Bialiatski auch verurteilt.

- Steht die Schweizer Botschaft diesbezüglich mit den politischen Behörden in Kontakt?
- Konnte sie mit ihm Kontakt aufnehmen?
- Gibt es Interventionen bei den Behörden zugunsten von inhaftierten Menschenrechtsverteidiger:innen wie dies die schweizerischen Leitlinien zu Menschenrechtsverteidiger:innen vorsieht?

24.7227 Badertscher. Folgen für die fehlenden Mittel bei der UNRWA?

- Wie beurteilt der Bundesrat die Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der UNRWA, falls der Schweizer Beitrag nicht freigegeben wird?
- Wie schätzt der Bundesrat die Folgen dieser Auswirkungen für die Zivilbevölkerung insbesondere in Gaza ein?
- Besteht aus Sicht des Bundesrates nicht die Gefahr, dass die Schwächung der UNRWA den terroristischen Organisationen in die Hände spielt?

24.7231 Dandrès. Israel blockiert Visa für Mitarbeitende internationaler humanitärer NGOs im Westjordanland und in Gaza (zum Zweiten)

Der Bundesrat hat mir auf meine Frage 24.7122 keine Antwort gegeben. Ich wies darauf hin, dass Israel laut der Zeitung Haaretz Mitarbeitenden von NGOs im Westjordanland und in Gaza die Erteilung von Visa verweigert, wodurch die humanitäre Arbeit behindert wird und die Einhaltung der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs nicht überprüft werden kann. Israel zwingt damit Angestellte von internationalen Organisationen dazu, ihre Arbeitsstelle im palästinensischen Gebiet zu verlassen oder nicht aufzunehmen. Wird der Bundesrat gegenüber Israel intervenieren, um die Blockierung zu beenden?

24.7236 Weichelt. Tod Nawalny - Schweiz glänzt durch Schweigen und Abwesenheit

43 Staaten verlangen vor dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf eine unabhängige und transparente internationale Untersuchung bzgl. dem plötzlichen Tod von Nawalny. Die Schweiz fehlt und hat die Forderung auch nicht unabhängig in aller Deutlichkeit formuliert. Auch hat die Schweiz den russischen Botschafter nicht für ein Gespräch eingeladen. Die Schweiz hat auch keine Person an die Beerdigung von Nawalny gesendet. Warum?

24.7241 Walder. Ist der Bundesrat entschlossen, die Hamas zu isolieren?

Hamas-Führer Ismail Haniyeh besitzt ein Vermögen, das auf 2 Milliarden US-Dollar geschätzt wird. Er erhielt im Jahr 2020 von Präsident Erdogan die türkische Staatsbürgerschaft und lebt überwiegend in Katar. Andere Hamas-Anführer leben in Katar oder im Iran.

- Erachtet der Bundesrat die Unterstützung der Hamas oder ihres Führers durch diese drei Länder als ein Problem?
- Gedenkt der Bundesrat sicherzustellen, dass das Kapital der Hamas und ihrer Anführer nicht direkt oder indirekt in der Schweiz investiert wird?

Finanzdepartement

24.7163 Roduit. Wird sich die Frankenstärke zulasten des Schweizer Exportsektors fortsetzen?

Die anhaltende Frankenstärke wirkt sich negativ auf die Schweizer Exportunternehmen aus. Diese sind zum Beispiel finanziell nicht mehr in der Lage, ihre Produkte aufgrund der durch die Frankenstärke erhöhten Kosten lokal herzustellen. Gewisse Schweizer Unternehmen sehen sich gezwungen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

- Wie positioniert sich die SNB zur anhaltenden Frankenstärke?
- Wie lange plant die SNB, diese geldpolitische Strategie unverändert beizubehalten?

24.7171 Gutjahr. Rückerstattung der Verrechnungssteuer dauert trotz Digitalisierung mehrere Monate. Weshalb?

"Im Hinblick auf die in der ESTV fortschreitende Digitalisierung werden physisch eingereichte Rückerstattungsanträge in absehbarer Zeit nicht mehr berücksichtigt. Wir empfehlen Ihnen deshalb, zukünftig Rückerstattungsansprüche nur noch über das Portal geltend zu machen."

- Weshalb dauert die Verarbeitung der Verrechnungssteueranträge trotz teurer Digitalisierung mehrere Monate?
- Wie hat sich die Bearbeitungsdauer über die letzten Jahre entwickelt?
- Werden die Beträge verzinst?

24.7181 Wyss. Finanziellen Handlungsspielraum klug nutzen

Seit der Einführung der Schuldenbremse sank die Nettoschuldenquote. Bei den Budgetvorgaben wird das Wirtschaftswachstum kaum (mit Ausnahme K-Faktor) berücksichtigt. Dies führt zu einem kleinen finanziellen Handlungsspielraum - trotz enorm tiefer Schuldenquote.

- Welchen finanziellen Handlungsspielraum gäbe es, wenn die Schuldenbremse wachstumsorientiert ausgestaltet wird (Nettoschuldenquote stabilisiert, ceteris paribus)?
- Wie sähe dieser bei einer Stabilisierung der Nettoschuldenquote auf 25% aus?

24.7187 Riniker. Sicherheitsdienstleistungen an der Grenze beim BAZG unter (Spar-)druck

Am 14.2.24 hat der Bundesrat lineare Kürzungen bei den schwach gebundenen Ausgaben um 1,4 % gegenüber dem Finanzplan 2025-27 beschlossen.

1. Wie hoch fällt der einzusparende Betrag beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) aus?
2. Hat dies konkrete Auswirkungen auf die Sicherheitsdienstleistungen an der Grenze durch das BAZG?
3. Könnte mit einem kontinuierlichen Monitoring überprüft werden, ob die Sicherheitsdienstleistungen auch mit reduzierten Mitteln vollumfänglich gewährleistet werden können?

24.7194 Bircher. Klimaaktivist besprüht Bundeshaus

Im Februar wurde das Bundeshaus durch einen Klimaaktivisten besprüht.

- Wurde gegen den Aktivisten eine Strafanzeige eingereicht?
- Wie hoch waren die Kosten, wer bezahlt dies, können die Kosten beim Aktivist eingefordert werden?

24.7222 Addor. Wird die FINMA ihre Sitzungen in Frankfurt abhalten?

Diese Frage stellte sich der Redakteur einer zweimal im Monat erscheinenden Waadtländer Zeitung, nachdem der Verwaltungsrat der FINMA den Deutschen Stefan Walter zum neuen Direktor ernannt hatte.

Ist es angesichts der (umfassenden) Untersuchungs- und Sanktionsbefugnisse der FINMA nicht angebracht, die Aufgaben, mit denen sie betraut ist, als Ausübung staatlicher Gewalt zu betrachten, die nur von Schweizerinnen und Schweizern wahrgenommen werden kann?

24.7232 Stadler. Wie flexibel ist die Schuldenbremse?

Die Finanzlage des Bundes ist angespannt und erhebliche Mehrbelastungen zeichnen sich ab. Neben Sparprogrammen muss uns die Funktionsweise der Schuldenbremse interessieren.

Es stellt sich damit folgende Frage:

Welchen finanzpolitischen Spielraum lässt die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse dem Parlament zu und wie kann der Bundesrat diesen Spielraum nutzen?

Justiz- und Polizeidepartement**24.7160 Pfister Gerhard. Finanzierung der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Bund vs. Kantone**

Warum ist die Verordnung FV-ÜPV einseitig vom Bund in Kraft gesetzt worden per Anfang 2024, obwohl die Kantone den neuen Kostenteiler, der die Kosten für die Kantone verdoppelt, ablehnten?

Ist die gesetzliche Grundlage für die Verordnung überhaupt ausreichend?

Gedenkt der Bundesrat eine Lösung zu finden mit den Kantonen, die Rechnung bis jetzt nicht zahlten, und eine anfechtbare Verfügung verlangen?

24.7170 Buffat. Asylwesen: Vollzug von Wegweisungen

Artikel 89 b des Asylgesetzes (AsylG) sieht vor, dass der Bund bereits ausgerichtete Pauschalabgeltungen zurückfordern kann, wenn ein Kanton seine Vollzugsaufgaben nicht oder nur mangelhaft erfüllt und keine objektiven Gründe vorliegen.

- Gab es im Jahr 2023 Kantone, die davon betroffen waren?
- Wenn ja, welche?
- Wie hoch waren die Beträge?

24.7175 Dettling. Woher stammen die vorläufig Aufgenommenen im Asylbereich

Die Zahl der vorläufig Aufgenommenen hat sich innerhalb 10 Jahren verdoppelt.

1. Wie hoch ist der aktuelle Bestand an vorläufig aufgenommenen im Asylbereich?
2. Aus welchen Ländern stammen diese? Bitte mit entsprechenden Zahlen angeben.
3. An wie vielen vorläufig Aufgenommenen wurde 2023 eine Ausnahme Bewilligung für Reisen ins Heimatland erteilt?
4. Wie viele vorläufig aufgenommene haben 2023 eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung erhalten? Aus welchen Ländern stammen diese?

24.7176 Pahud. Wird Stalking von den Asylbehörden ernst genommen?

Auf die Frage 24.7000 antwortet der Bundesrat, dass in Verbindung mit dem iranischen Asylbewerber, der die Geiselnahme begangen hat, keine grösseren Sicherheitsvorfälle gemeldet worden sind. Der Geiselnahmer hatte jedoch fast 18 Monate lang eine Mitarbeiterin eines Asylzentrums belästigt. Die Kantonspolizei Waadt musste mehrmals einschreiten.

- Sind die zuständigen Behörden darüber informiert worden?
- Bewerten sie Stalking nicht als einen schweren Fall? Was sieht der Bundesrat vor, um solche Situationen zu verhindern?

24.7183 Götte. Wie kann der massive Überhang an pendenten Asylgesuche seriös abgearbeitet werden?

Wie beabsichtigt das SEM die 15'500 erstinstanzlich pendenten Asylgesuche plus die 5'500 für den Schutzstatus S abzubauen? Allein im Januar wurden mehr als 2'700 Gesuche gestellt - o. Status S. In den letzten zwei Wochen sind die pendenten S Gesuche um 500 gestiegen. Aktuell wird nicht einmal die Hälfte der Gesuche gutgeheissen was zeigt, dass eine genaue Prüfung enorm wichtig ist. Ist bekannt, was lange Wartezeit für Sozialhilfe, Wohnen, Krankenkasse, Gesundheitskosten für Kosten verursacht?

24.7188 Bürgi Roman. Lokaler Widerstand gegen Bundesasylzentrum

- Hat der Widerstand der lokalen Bevölkerung für ein geplantes Bundesasylzentrum Einfluss auf die Erstellung und Betrieb eines solchen Zentrums?
- Glaubt der Bund, dass sich dieser Widerstand mit der Zeit von allein verflüchtigt?

24.7198 Bircher. Neuer Anlauf bei der Eritrea Frage

In der Schweiz leben fast 50'000 Eritreerinnen und Eritreer viele davon vorläufig aufgenommen. Mittlerweile gibt es rivalisierende Gruppen, welche ihre Konflikte in der Schweiz austragen. Ebenfalls gibt es Eritreer mit Landesverweis, welche bis heute nicht vollzogen werden können.

Ist der Bundesrat bereit dass "Dossier Eritrea" zu überprüfen damit längerfristig wieder Rückschaffungen statt finden?

24.7206 Walder. Wann wird der Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter sowie der Uigurinnen und Uiguren in der Schweiz (Postulat 20.4333) veröffentlicht?

Angesichts der alarmierenden Berichte des Bundessicherheitsdienstes nahm der Nationalrat am 15. März 2021 ein Postulat der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats an. Mit diesem Postulat wurde der Bundesrat beauftragt, einen Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter sowie der Uigurinnen und Uiguren in der Schweiz zu erstellen. Nach drei Jahren liegt immer noch kein Bericht vor.

- Für wann ist die Veröffentlichung des Berichts geplant ?
- Wie lässt sich im Übrigen diese Verzögerung erklären? Hätte der Bericht doch innerhalb von zwei Jahren veröffentlicht werden müssen ?

24.7212**Dettling. Maghreb : negativer Asylentscheid, kriminell und trotzdem in der Schweiz**

Am 6. Dezember 2023 hat die Rundschau aufgezeigt, dass oftmals kriminelle Diebe aus dem Maghreb stammen. Auch wurde aufgezeigt, dass es oftmals kriminelle sind mit abgelehntem Asylentscheid. 1. Warum werden abgelehnte Asyltouristen aus dem Maghreb nicht unverzüglich ausgeschafft?

2. Wie viele Asyltouristen aus dem Maghreb wurden 2023 ausgeschafft?

3. Wie viele aus dem Maghreb wurden 2023 nicht ausgeschafft trotz negativen Asylentscheid?

4. Wer kontrolliert, dass freiwillige Ausreisende ausreisen?

24.7217**Reimann Lukas. Austausch von Daten gesperrter Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich**

Der Bundesrat präsentierte heute die Vorlage für den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich mit dem Fürstentum Liechtenstein. Geldspiel-Angebote - die von gesperrten Schweizern leben - gibt es schon viel länger in allen anderen Nachbarländern als in Liechtenstein.

1. Wann beginnt der BR Verhandlungen mit Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich über den Austausch?

2. Wann setzt er voraussichtlich das Abkommen mit Liechtenstein in Kraft?

24.7234**Schläfli. Konsequenzen aus dem Urteil des EGMR bezüglich Racial/Ethnical Profiling**

Am 20. Februar 2024 publizierte der EGMR das Urteil im Fall Wa Baile v. Switzerland. Die Schweiz wird darin mehrfach wegen Verstössen gegen das Diskriminierungsgebot und fehlendem wirksamen Rechtsbehelf verurteilt.

- Welche Konsequenzen zieht der Bundesrat aus dem EGMR-Urteil?

- Welche Massnahmen und Gesetze zur zukünftigen Verhinderung von Racial/Ethnical Profiling durch Sicherheitsbehörden plant der Bundesrat?

24.7235**Fehr Düsel. Soll der Schweizer Pass zwingend bei Terrorstraftaten entzogen werden?**

Vor wenigen Tagen gab es in Zürich einen schockierenden Mordversuch eines 15-jährigen Muslimen mit Schweizer Pass, der sich zur Terrororganisation Islamischer Staat bekennt, gegen einen jüdischen Mitbürger.

1. Ist der Bundesrat ebenfalls der Ansicht, dass dieser Jugendliche die Höchststrafe (inkl. Schutzmassnahme) erhalten muss und ausgebürgert und ausgeschafft werden muss?

2. Wird das Bürgerrecht in solch gravierenden Fällen entzogen und ist eine Ausweisung möglich?

24.7243**Schmid Pascal. Bundesasylzentrum Kreuzlingen: Bed & Breakfast für Kriminelle und Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung?**

Gemäss Medienberichten benutzten kriminelle Nordafrikaner ein leerstehendes Haus in der Nähe des BAZ Kreuzlingen als Schaltzentrale. Hier planten sie Einbrüche, hier lagerten sie Deliktsgut. Das BAZ diente ihnen als Bed & Breakfast. Sie missbrauchen unser Asyl- und Gastrecht aufs Gröbste. Sie belasten unsere Behörden. Sie verursachen riesige Kosten. Und sie gefährden unsere Sicherheit.

Was tut der Bund, um die überbordende Asylkriminalität einzudämmen und unsere Bevölkerung besser zu schützen?

24.7244 Burgherr. Kontrolle Drittstaatenkontingente

Im Jahr 2024 können bis zu 8500 "qualifizierte Fachkräfte" aus Drittstaaten rekrutiert werden.

Wie kontrolliert der Bundesrat, dass die Kantone ihre Kontingente nicht exzessiv vergeben bzw. wie kann der Bundesrat sicherstellen, dass diese "Fachkräfte" effektiv nicht bereits auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt vorhanden sind?

24.7245 Steinemann. Grossfamilien durch Familiennachzug von anerkannten Flüchtlingen

Eine mittelgrosse Gemeinde im Kanton Zürich beherbergte jahrelang einen abgewiesenen Asylbewerber türkischer Nationalität. Sodann betätigte sich dieser via Social Media in regimekritischer Weise, stellte ein erneutes Asylgesuch und erhielt prompt den Flüchtlingsstatus. Mit dem Familiennachzug zogen acht zusätzliche Personen in die Gemeinde.

- Wie viele anerkannte Flüchtlinge durften in den letzten 20 Jahren sechs oder mehr Angehörige nachziehen?
- Wie viele fünf, wie viele vier und wie viele drei?

Bundeskanzlei**24.7148 Egger Mike. Ski-Abo für den Bundesrat auf Kosten der Steuerzahler?**

Ist der Bundesrat, welcher pro Bundesratsmitglied einen Lohn von 456'854 Franken erhält, bereit auf das neu von Steuerzahler finanzierten Ski-Abo zu verzichten?

24.7203 Weichelt. Leichte Sprache - Umsetzung

- Hat der Bund abgeklärt, ob er aufgrund seiner Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und dem Diskriminierungsverbot verpflichtet ist, in Leichter Sprache zu informieren?
- Wie plant der Bund seine Verpflichtung gemäss Art. 29 lit. a) Ziff. i) UNO-BRK in Leichter Sprache zu informieren, umzusetzen?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**24.7144 Revaz. Gewährleistung der Grundrechte im digitalen Raum**

Die KI-Konvention des Europarats wird unter dem Vorsitz der Schweiz finalisiert. Der Privatsektor und die nationale Sicherheit könnten von der Konvention ausgenommen werden, was die Grundrechte gefährden könnte. In der Aussenpolitischen Strategie 2024-2027 heisst es jedoch: «Demokratische Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und die Respektierung der Menschenrechte müssen auch im digitalen Raum gewährleistet bleiben.»

Wie positioniert sich der Bundesrat dazu?

24.7145**Michaud Gigon. Viele Länder haben ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten eingeführt oder haben dies vor: Plant der Bundesrat auch ein solches Verbot?**

Elektronische Einwegzigaretten - sogenannte Puffs - landen mehrheitlich im Müll. Die Westschweizer Konsumentenorganisation FRC hat nun nachgewiesen, dass 45 Prozent der Verkaufsstellen eine Rücknahme verweigern. Dies verstösst gegen die Verordnung über die Rückgabe, die Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG).

- Gedenkt der Bundesrat Massnahmen zu ergreifen, damit die VREG eingehalten wird?
- Prüft er die Möglichkeit, sich auf Artikel 30a Buchstabe a des Umweltschutzgesetzes zu berufen, um Einweg-E-Zigaretten zu verbieten?

24.7150**Schaffner. Finanzierung von Bahnunterhalt und -modernisierung**

Das Parlament hat im Rahmen des AS2035 Investitionen für Projekte beschlossen, die gemäss KPFV Art. 5 via Leistungsvereinbarung finanziert werden müssten (insbes. Art. 1 Abs. 2 lit.I). - Ist diese Einschätzung richtig?

- Bedeutet das, dass diese Projekte nicht wie vom Parlament angenommen via den Verpflichtungskredit gemäss 23.055 BB4 abgerechnet werden, sondern zulasten der Leistungsvereinbarung gehen?
- Müssen dadurch andere Unterhalts- und Modernisierungsarbeiten zurückgestellt werden?

24.7151**Tuosto. Angebotskonzept 2050 und schnellstmögliche Wiederherstellung der direkten Verbindung am Jurasüdfuss**

Wird der Bundesrat dem Parlament ein Angebotskonzept 2050 vorlegen, mit dem im Ausbauschnitt 2035 die Fernverkehrsangebote wiedereingeführt werden, die im Zuge von Bahn 2000 verschlechtert worden sind, sowie im Ausbauschnitt 2025 die Verbindungen, die gestrichen worden sind, insbesondere der im Stundentakt zwischen Genf und Basel am Jurasüdfuss verkehrende IC5?

24.7152**Glättli. Wie geht glaubwürdiger Einsatz für Klimapolitik - trotz Verfehlen der eigenen Schweizer Klimaversprechen auch mit dem neuen CO2-Gesetz?**

2023 war das heisseste Jahr seit Aufzeichnungsbeginn und wohl das heisseste Jahr seit mehr als 100'000 Jahren (<https://bit.ly/2023hottestyear>). Die Schweiz ist von der Klimaerhitzung und daraus resultierenden extremen Wetterereignissen besonders betroffen. Sie hat ein Eigeninteresse an der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Wie kann sie glaubwürdig weltweit mehr Klimaschutz einfordern, wenn sie ihre eigenen Klimaversprechen für 2030 auch mit dem geplanten neuen CO2 Gesetz nicht einhält?

24.7156**Sormanni. CO2 senken und Elektromobilität fördern**

- Wie gedenkt der Bundesrat die Elektromobilität durch andere als steuerliche Massnahmen zu fördern?

Gewisse Städte verweigern die Einrichtung von E-Ladestationen auf öffentlichem Grund und behindern dadurch den Übergang zu einer umweltfreundlicheren Mobilität.

- Plant der Bundesrat - zum Beispiel über das CO2-Gesetz - die Kantone dazu zu bewegen oder zu verpflichten, Massnahmen zu ergreifen, um die Einrichtung von E-Ladestationen auf öffentlichem Grund zu ermöglichen und zu erleichtern?

[24.7157](#)**Candan Hasan. Welche Leistungen werden von der Biodiversität für die Nahrungsmittelproduktion erbracht, und für welchen Gegenwert?**

Zu meiner Frage 23.7900 schreibt der Bundesrat, dass die Biodiversität wertvolle Leistungen für die Nahrungsmittelproduktion erbringt.

- Welche Leistungen erbringt die Biodiversität konkret für die Nahrungsmittelproduktion?
- Welchen monetären und nicht-monetären Gegenwert haben diese einzelnen Leistungen?

[24.7158](#)**Kaufmann. Biodiversitätsbeiträge im Gewässerraum**

In der Arbeitshilfe des Bundes zur Gewässerraumausscheidung steht, dass Landwirte für Flächen im Gewässerraum Biodiversitätsbeiträge erhalten.

- Wie verhält es sich, wenn im Gewässerraum Flächen abgeschwemmt werden, bleibt der Anspruch für Biodiversitätsbeiträge erhalten? - Wenn nein, ist der Bundesrat gewillt, den Beitragsanspruch für Biodiversitätsflächen im Gewässerraum auch bei Erosionen auf Stufe Verordnung festzulegen?

[24.7161](#)**Roduit. Herdenschutzhunde: warum ein einziges Ausbildungsprogramm trotz explodierender Nachfrage?**

Derzeit wird bei Wolfsangriffen nur dann finanzielle Unterstützung gewährt, wenn die Herdenschutzhunde das von Agridea koordinierte offizielle Ausbildungsprogramm absolviert haben. Mehrere Kantone haben nun jedoch Arcadia - die Schweizerische Vereinigung zur Erhaltung der Weidewirtschaft - mit der Leitung eines Programms zur Prüfung und Anerkennung anderer Hunderassen beauftragt. Im Jahr 2023 wurden von den 10 000 Schafen, die von diesen Hunden gehütet worden sind, nur 6 gerissen. Ist der Bundesrat bereit, das von den Kantonen geforderte Verfahren zur Anerkennung bis zum Sommer zu beschleunigen?

[24.7164](#)**Marti Min Li. Mehrfahrkarten im öffentlichen Verkehr**

Laut Medienberichten planen die SBB und andere ÖV-Betriebe per Ende 2025 die Mehrfahrkarten abzuschaffen. Dies ist problematisch für Nutzende ohne Smartphone wie beispielsweise Kinder oder Seniorinnen und Senioren. In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass es ein Smartphone keine Grundbedingung für die ÖV-Nutzung sein sollte?

2. Ist weiterhin gewährleistet, dass der ÖV auch ohne Smartphone zugänglich ist?

[24.7172](#)**Bühler. Strebt das ASTRA Straffreiheit für Velofahrende an?**

In der Tageszeitung Le Quotidien Jurassien vom 5. März 2024 erklärte der Sprecher des ASTRA, dass das Ziel nicht sei, die Velofahrenden, die auf der Nationalstrasse unterwegs sind, zu büssen. Vielmehr sollten die Velofahrenden dazu bewegt werden, die für sie vorgesehene Strasse zu benutzen. Der Veloverkehr auf der A16 ist während der laufenden Sanierungsarbeiten zwischen Biel und La Heutte verboten.

Ist es gerechtfertigt, dass ein Mitarbeiter des ASTRA der Ansicht ist, dass von Velofahrenden begangene Verkehrsdelikte nicht geahndet werden sollten?

24.7174 Molina. EU-Verordnung über Produkte, die mit der Entwaldung in Zusammenhang stehen (EUDR): Auswirkungen auf Schweizer KMU

Ab dem 01.01.2025 tritt die EUDR in Kraft. Das betrifft auch Schweizer Unternehmen. Gerade KMU, die an EU-Unternehmen liefern, laufen Gefahr gegenüber EU-Zulieferern benachteiligt zu werden, so wie es beim Holzhandel bereits geschah und durch SVP-Motionen (17.3855) korrigiert wurde.

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Schweizer Unternehmen in den durch die EUDR betroffenen Bereichen künftig gleich lange Spiesse haben wie EU-Unternehmen?

24.7180 Pahud. Entlastung der Jurasüdfusslinie mit einer Direktverbindung Yverdon-Freiburg via Payerne

Angesichts der geplanten Sanierungsarbeiten auf der Jurasüdfusslinie und der damit verbundenen Störungen für die betroffenen Reisenden wurden verschiedene Lösungen geprüft.

Wurde erwogen, auf der Strecke Yverdon-Freiburg eine direkte Zugverbindung im Stundentakt oder zu Stosszeiten mit einem einzigen Halt in Payerne einzurichten, um diese bereits überlastete Strecke zu entlasten?

24.7182 Schlatter. Europäische Entwaldungsverordnung ohne Engagement der Schweiz: Entsteht kein Reputationsschaden?

Die EU wird ab 1.1.2025 u.a. keinen Kaffee und Kakao mehr zulassen, der im Zusammenhang mit Entwaldung produziert wurden. Der Bundesrat sprach sich am 14.2. gegen ein vergleichbares Engagement der Schweiz gegen Abholzung aus.

- Wie lässt sich das international rechtfertigen angesichts der Tatsache, dass die Schweiz einer der wichtigsten Handelsplätze für Kaffee und Kakao ist?
- Wie gedenkt der Bundesrat gegen Entwaldung vorzugehen, damit kein Reputationsschaden für das Land entsteht?

24.7191 Badertscher. Mehr internationale Klimafinanzierung nach dem Verursacherprinzip

Die Schweiz wird ihren Beitrag an die internationale Klimafinanzierung ab 2025 erhöhen müssen. Gemäss seiner Antwort auf die Ip. 23.3830 wollte der Bundesrat bis Ende 2023 basierend auf einer Auslegeordnung neue Finanzierungsquellen prüfen und das weitere Vorgehen beschliessen. Die externe Auslegeordnung ist publiziert und empfiehlt neue Finanzierungsquellen nach dem Verursacherprinzip.

Welche will der Bundesrat einführen, um die Klimafinanzierung zu erhöhen?

24.7193 Müller-Altermatt. Kein Gleichschritt mit der EU bei den Anforderungen an den Holzhandel trotz entsprechender gesetzlicher Vorschrift?

Der Bundesrat will die EU-Anti-Entwaldungsverordnung EUDR nicht in das Schweizer Recht übernehmen, wie er am 14.2. kommunizierte. In Art. 35e Absatz 2 des USG steht jedoch, dass der Bundesrat die Anforderungen an das Inverkehrbringen von Holz im Einklang mit den Bestimmungen der EU festlegt.

- Ist der Bundesrat auch der Ansicht, dass dies keine Kann-, sondern eine Muss-Bestimmung darstellt?
- Ist ein Verzicht auf eine Anpassung der Holzhandelsverordnung mit dieser Bestimmung des USG vereinbar?

24.7218 Schlatter. ÖV-Nutzung für Kinder und Menschen ohne Handy

Die ÖV-Branche hat die Abschaffung der Papier-Mehrfahrtenkarte angekündigt, ohne dass eine praktikable Nachfolgelösung in Sicht ist. Das erinnert an den Fall der voreiligen Abschaffung der Papier-Juniorkarte der SBB, die Eltern im ganzen Land vor den Kopf gestossen hat.

Ist der Bundesrat der Ansicht, dass Kinder, ältere Menschen und Menschen ohne Handy einfach und niederschwellig den ÖV benutzen können sollen und falls ja, was hält er von den Bestrebungen der ÖV-Branche, ebendies zu erschweren?

24.7221 Hübscher. Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen nach Natur- und Heimatschutzgesetz im Zielkonflikt mit den Fruchtfolgeflächen

Gestützt auf das Natur- und Heimatschutzgesetzes NHG können bei Infrastrukturbauten (z.B. Strassen) Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen AEM gefordert werden.

- Inwiefern sieht der Bundesrat ein Zielkonflikt, wenn AEM's auf Fruchtfolgeflächen realisiert werden?

- Welche gesetzliche Grundlage verbietet, dass AEM's allenfalls etwas entfernter auf Nicht Fruchtfolgeflächen realisiert werden können?

24.7224 Jauslin. Meeresschutz: Warum schweigt die Schweiz?

Am 4. März 2023 einigte sich die UNO auf einen globalen Vertrag zum Schutz der Meere (UN High Seas Treaty). Bisher haben 87 Staaten den Vertrag unterzeichnet. Mit der Vertragsunterschrift bekunden die Staaten ihren Willen, den Vertrag zu ratifizieren. Die Schweiz hat die Einigung der UNO mitgetragen, den Vertrag jedoch bisher nicht unterzeichnet und sich auch nicht zur Ratifizierung geäussert.

Wie stellt sich der Bundesrat zur Ratifizierung des globalen Vertrag zum Schutz der Meere?

24.7229 Stettler. Machen gewisse Subventionen die Wasserkraft zunichte?

Die Sanierung von Laufwasserkraftwerken ist eine der Möglichkeiten zur Erzeugung von Bandstrom.

Die Bundessubventionen für den Rückbau von Kraftwerken und die Abtragung von Schwellen machen eine Sanierung von Kraftwerken unattraktiv, da die finanziellen Risiken eines Rückbaus dank der Finanzhilfen viel geringer sind.

Ist der Bundesrat bereit, diese Subventionen zu streichen oder sie stattdessen für ökologische Massnahmen für Sanierungsprojekte vorzusehen?

24.7233 Brenzikofer. Lärmvorsorgeplan II

Das Gebiet mit Immissionsgrenzwert-Überschreitung wird in Frankreich kleiner und in der Schweiz grösser. Vielerorts hat die nächtliche Lärmbelastung in den letzten 10 Jahren stark zugenommen und die Immissionsgrenzwerte z.B in Allschwil (BL) wird seit Jahren überschritten. Der Lärmbelastungskataster stammt aus dem Jahre 2009 mit einer Datenbasis von 1999.

- Wann erscheint das neue Lärmbelastungskataster (CH)?

- Welche Entlastungsmassnahmen gedenkt der Bundesrat umzusetzen?

[24.7242](#)**Töngi. Autobahnausbau: Kosteneinsparungen durch Reisezeitgewinne weniger hoch als angenommen?**

Für Kosten-Nutzen-Berechnungen im Verkehrsbereich liegt ein neuer, noch nicht publizierter Normentwurf für die Zeitkostensätze vor, der empirisch bedeutend besser abgestützt ist. Bei der Umfahrung Küsnacht Süd führt dieser dazu, dass sich die Reisezeitgewinne halbieren.

- Ist damit zu rechnen, dass bei allen Projekten die Reisezeitgewinne mit dem neuen Modell tiefer ausfallen?
- Wurde der Nutzen durch Reisezeitgewinne bei den beschlossenen Autobahn-Ausbauprojekten zu hoch veranschlagt?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport[24.7142](#)**Weber. Ist es in Ordnung, dass Schweizer Soldaten gegenüber Soldaten mit schweizerisch-französischer Doppelbürgerschaft benachteiligt sind?**

Dank eines Abkommens mit Frankreich kann ein schweizerisch-französischer Doppelbürger mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz seinen Militärdienst in Frankreich leisten. Frankreich hat die Wehrpflicht aber ausgesetzt. Demnach hat der schweizerisch-französische Doppelbürger in Frankreich de facto nur einen Tag («Journée d'appel de préparation à la défense») zu absolvieren und ist dann in der Schweiz von jeglicher Militärdienstpflicht befreit.

Wie lange will der Bundesrat diese Ungerechtigkeit gegenüber Soldaten mit nur schweizerischer Nationalität noch hinnehmen, obwohl wir einen Mangel an Soldaten haben?

[24.7153](#)**Götte. Wehrpflicht-Schlupfloch für Doppelbürger?**

Schweizer Doppelbürger dürfen wählen, für welchen Staat sie Militärdienst leisten möchten.

In Frankreich kann die Militärdienstpflicht mit nur einem einzigen Dienstag erfüllt werden - in der Schweiz werden 245 Dienstage eingefordert. Rund 800 schweizerisch-französische Doppelbürger machen pro Jahr von dieser Möglichkeit Gebrauch, obschon uns Angehörige der Armee fehlen.

Hat das VBS Kenntnis von diesem Schlupfloch, und was kann unternommen werden um diese Praxis zu unterbinden?

[24.7147](#)**Guggisberg. Sportanlässe benötigen Planungs- und Rechtssicherheit**

Im Juni 2023 hat das Parlament für wiederkehrende Sportgrossanlässe in der Periode 2025-2029 einen Kredit von CHF 25 Mio. gesprochen. Bis heute fehlt die entsprechende Verordnung, obwohl 2025 ein Kostendach von CHF 5 Mio. zur Verfügung stehen muss und die Anlässe jetzt planen müssen.

1. Wann wird die entsprechende Verordnung in Kraft gesetzt?
2. Ab wann können Anlässe ein Gesuch für eine Unterstützung stellen?
3. Wann erhalten Anlässe Bescheid und damit Planungssicherheit?

[24.7186](#)**Götte. Wann werden die veralteten und maroden M113 Schützenpanzer endlich ersetzt?**

Der M113 Schützenpanzer wurde im Jahr 1960 auf den Markt gebracht und steht nach wie vor im Dienst der Schweizer Armee. Die Armee hat am 18. Dezember 2023 die gesamte M113-Flotte per sofort mit einem Fahrverbot belegt, um mögliche Unfälle zu verhindern.

Wann gedenkt der Bundesrat diese veralteten, zu schlecht geschützten, störungsanfälligen und im Unterhalt sehr teuren Schützenpanzer endlich durch ein modernes System zu ersetzen?

24.7195 Hurter Thomas. Wie sieht eine NATO-Zertifizierung für die Teilnahme an NATO-Übungen aus?

Für die Teilnahme an NATO-Militärübungen muss jede einzelne teilnehmende Formation durch die NATO zertifiziert werden.

Wie sieht dieser Zertifizierungsprozess aus und wäre eine solche Zertifizierung überhaupt für unsere WK-Formationen möglich?

24.7196 Hurter Thomas. Was ist der Inhalt des individuellen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (ITTP) zwischen der NATO und der Schweizer Armee?

Im Herbst 2023 haben die NATO und die Armee ein individuelles Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (ITTP) beschlossen.

Was ist der genaue Inhalt dieses Programms, was wurde dort neu beschlossen und welche Konsequenzen hat das für die Armee?

24.7197 Zuberbühler. Wie viele Arbeitsstunden leisten Dienstleistende in Armee, Zivilschutz und Zivildienst?

- Wie lange dauert ein durchschnittlicher Arbeitstag erfahrungsgemäss für einen Soldaten der Kampftruppen, einen Zivilschutzleistenden und einen Zivildienstleistenden?
- Wie viele Arbeitsstunden fallen dabei geschätzt bei allen drei Dienstmodellen während der gesamten Dienstpflicht an?

24.7200 Heimgartner. Verzögert sich die Erneuerung der Artillerie durch den Entscheid das Armeebudget erst bis 2035 auf 1% des BIP anwachsen zu lassen?

- Hat der Entscheid der Bundesversammlung, die Armeeeausgaben bis 2035 auf 1% anwachsen zu lassen zur Konsequenz, dass sich die Beschaffung eines Ersatzes für die M109 Panzerhaubitze nach hinten verschiebt?
- Wenn ja, wann soll die Beschaffung des Nachfolgesystems neu dem Parlament präsentiert werden?

24.7201 Heimgartner. Sicherheitsdienstpflicht?

- Gibt es bereits Rückmeldungen aus den Kantonen und Wirtschaft zu einer möglichen Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz zu einem gemeinsamen Katastrophenschutz?
- Wenn ja, wie sehen diese Rückmeldungen aus?

24.7220 Addor. Wiederaufbau einer umfassenden Verteidigungsindustrie?

Auf Seite 9 des Berichts der Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) vom 9. Oktober 2023 wird neben anderen Lehren, die aus dem Krieg in der Ukraine zu ziehen sind, auch darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die industrielle Basis für die Verteidigung der Schweiz wiederaufzubauen und die Munitionsvorräte zu erhöhen.

- Sieht der Bundesrat Handlungsbedarf in diesem Bereich? Wenn ja, welchen?
- Sollten nicht die in der Motion 22.3461 formulierten Vorschläge umgesetzt werden?

24.7239 Gugger. VBS und Gesundheitskrisen: Einsatz bewährter Technologien?

Kritische Infrastrukturen und Führungsorgane wie die Armee oder der Bevölkerungsschutz sind entscheidend, um gegenüber Gesundheitskrisen widerstandsfähig zu sein.

Inwiefern werden seitens VBS bewährte Technologien gegen Krankheitserreger in der Luft, wie UV-Licht (z.B. Fern-UVC) geprüft und eingesetzt, um im Falle einer Gesundheitskrise Ansteckungen an kritischen Orten wie Kommandozentralen möglichst zu verhindern?

24.7246 Steinemann. Hatte der Nachrichtendienst den Attentäter von Zürich auf dem Radar?

Am 2. März hat ein 15 Jähriger in Zürich einen jüdischen Mann niedergestochen.

- Welchen ausländerrechtlichen Werdegang hat der mutmassliche Täter hinter sich?

Die Tat hat er gefilmt und aus dem Filmmaterial geht klar hervor, dass er als Gehilfe einer Organisation aus dem Ausland gehandelt hat.

- Hatte der Nachrichtendienst diesen Täter auf dem Radar?

- Was macht der Bund zur Vorbeugung solcher Taten?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**24.7140 Sormanni. Kohlenwasserstoff-Reserven**

Zur Sicherung einer durchgehenden Versorgung:

- Wie lauten die Vorgaben des Bundes in Bezug auf die Kohlenwasserstoff-Lager in der Schweiz?

- Wer hat die Reserven sicherzustellen (Private beziehungsweise Kantone und Gemeinden)?

- Können bestehende Anlagen abgebaut werden?

Unter welchen Bedingungen?

24.7146 Wandfluh. Wie gedenkt der Bundesrat, die Anliegen der Bauernproteste in den Arbeiten für die künftige Agrarpolitik aufzunehmen ?

Die Proteste der Bäuerinnen und Bauern zeigen deutlich, dass ein grosser Unmut vorhanden ist. Nebst administrativem Aufwand und tiefen Produzentenpreisen ist für viele Betriebe die Vielzahl von Zielkonflikten, die von der Gesellschaft, Politik, Verwaltung und dem Markt auf sie abgewälzt werden, eine grosse Herausforderung und ein wichtiger Grund für die angespannte Stimmung.

24.7168 Michaud Gigon. Hochpreisinsel Schweiz: Evaluation, Pläne und künftige Massnahmen des Bundesrates

Der Bundesrat möchte die Standortbestimmung zur Entwicklung der Hochpreisinsel aufschieben (siehe Stellungnahme zum Postulat 23.3738).

- Wie und wann gedenkt der Bundesrat, die konkrete Wirkung der Massnahmen zu evaluieren, die im Rahmen der Annahme des indirekten Gegenvorschlags zur Initiative «Stop der Hochpreisinsel» beschlossen wurden?

- Wie will der Bundesrat, der sich für die Aufhebung der Industriezölle eingesetzt hat, sicherstellen, dass die Massnahmen nicht nur bestimmten Unternehmen zugutekommen, sondern tatsächlich zu einer Senkung der Verbraucherpreise führen?

24.7185 Götte. Wie sind die Aussichten für die Schweizer Rüstungsindustrie nach dem starken Rückgang der Exporte 2023?

Die neuesten Zahlen aus dem Jahr 2023 verzeichnen einen Rückgang der Rüstungsexporte um 27% gegenüber dem Vorjahr.
Welche Auswirkungen hat ein solch hoher Rückgang an Rüstungsexporten für den Rüstungsstandort Schweiz und wie sind die Zukunftsaussichten für den Rüstungsstandort Schweiz?

24.7189 Badertscher. Russische Getreideplünderungen

Die Ukraine-Verordnung verbietet die Einfuhr nicht aber den Transithandel mit Gütern aus besetzten Gebieten. Dies ist besonders relevant für geplündertes Getreide, welches exportiert wird. Solche Handelsgeschäfte laufen auch über den Schweizer Rohstoffplatz.

- Sollte die Ukraine-Verordnung nicht auch den Transithandel mit Gütern aus besetzten Gebieten umfassen?
- Was tut die Schweiz, um sicherzustellen, dass Schweizer Händler nicht mit geplünderten Rohstoffen handeln?

24.7190 Wyss. Finanztransaktionen in den Iran

Die Schweiz betreibt im Rahmen ihres Schutzmachtmandats seit 2020 den Zahlungsmechanismus «Swiss Humanitarian Trade Arrangement» (SHTA) für die Lieferung von Gütern im Nahrungsmittel-, Pharma- und Medizinalbereich im Iran.

- Welche Schweizer Firmen haben seit Einführung des SHTA davon Gebrauch gemacht?
- Wie hoch waren die jährlichen Finanztransaktionen seit Einführung des SHTA?
- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass nicht indirekt transferierten Gelder zur Revolutionsgarde fließen?

24.7202 Gugger. EUDR - Anerkennung EU

In seiner MM vom 14.2. schreibt der Bundesrat: «Der Bundesrat verzichtet bis auf weiteres auf eine Anpassung des CH-Rechts, solange keine gegenseitige Anerkennung mit der EU möglich ist.»

- Welche Voraussetzungen gibt es seitens EU, damit eine gegenseitige Anerkennung denkbar ist?
- Hat der Bundesrat der EU bereits einen Entwurf einer möglichen Schweizer Gesetzgebung vorgelegt, der die EU-Kriterien erfüllen könnte?
- Auf welcher Stufe haben die bisherigen Gespräche mit der EU hierzu stattgefunden?

24.7207 Walder. Wann wird die Ex-post-Analyse des Freihandelsabkommens (FHA) zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (Postulat 21.3086 Badertscher) veröffentlicht?

Angesichts der bei der Abstimmung über dieses Abkommen geäußerten Kritik nahm der Nationalrat am 18. Juni 2021 das Postulat 21.3086 Badertscher an, mit dem der Bundesrat beauftragt wurde, eine Ex-post-Analyse des FHA zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien durchzuführen. Es sollte unter anderem Folgendes analysiert werden: die Umsetzung der Nachhaltigkeitskriterien beim Palmöl und die Auswirkungen des strengen Schutzes des geistigen Eigentums auf Medikamentenpreise und den Zugang zu Saatgut. Wann ist die Veröffentlichung der Analyse geplant?

24.7215 Michel Simon. Wettbewerbsverzerrung beim Stahlhandel mit der EU

Seit Juni 2021 hat die EU Schutzmassnahmen auf Stahlprodukte ergriffen, was zu grossen Wettbewerbsverzerrungen für Schweizer Produzenten führt.

Was unternimmt der Bundesrat konkret, um die Importbeschränkungen der EU, welche dem Geist des Freihandelsabkommens mit der EU widersprechen, respektive den eingeschränkten Exportzugang für Schweizer Unternehmen zu beseitigen?

24.7216 Müller-Altermatt. Wann kommt die Umsetzung der Motion zur Sicherung des metallischen Materialkreislaufs in der Schweiz (22.4447)?

Durch staatliche Beihilfen in den umliegenden Ländern sind die Preise im metallischen Materialkreislauf derart zusammengebrochen, dass die Schweizer Betriebe die Situation nicht lange aus Eigenmitteln stemmen können.

- Bis wann werden vom Bundesrat Vorschläge unterbreitet, um die Schweizer Standorte vor diesen Markteingriffen zu schützen?
- Werden diese Vorschläge auch konkrete temporäre Entlastungen enthalten, die sich schnell umsetzen lassen (z.B. Entlastung von Netzzuschlägen und -zugangskosten)?

24.7237 Fivaz Fabien. Wie sieht die Zukunft des Bauernhofs «Ferme de Bassenges» (EPFL) aus?

Im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitspolitik haben die EPFL und die UNIL vor vier Jahren ein Projekt gestartet, um auf dem Campusgelände landwirtschaftliche Tätigkeiten anzusiedeln. Im Laufe dieses Projektes entstanden der Bauernhof Bassenges und seine Produktion, die jungen Bäuerinnen und Bauern anvertraut wurde. Die mögliche Umwidmung des Geländes und einiger Flächen gefährdet das Projekt.

1. Welche Haltung vertritt der Bundesrat?
2. Wurden Alternativen erwogen? Wenn ja, welche?

24.7238 Gugger. Sind die Ausnahmewilligungen für die 10 giftigsten Pestizide eine Zulassung durch die Hintertür?

In seiner Antwort auf meine Frage 23.7944 schreibt der Bundesrat, dass die 10 giftigsten Pestizid-Wirkstoffe, darunter Cypermethrin, heute nur noch in Ausnahmefällen zugelassen sind.

- Ist der Einsatz dieser 10 giftigsten Wirkstoffe nun überall verboten, ausser in Ausnahmefällen?
- Was bedeutet "Ausnahmefälle" genau und wie stellt der Bundesrat sicher, dass es sich bei Ausnahmewilligungen nicht um eine Zulassung von verbotenen Stoffen durch die Hintertür handelt?

Büro**24.7192 Glarner. Was hat eine EU-Flagge im Büro des Ratspräsidenten zu suchen?**

Gemäss Bericht der Weltwoche steht im Büro unseres Ratspräsidenten eine EU-Flagge.

- Wie und auf wessen Wunsch kam diese dort hin?
- Teilt das Büro die Auffassung, dass diese Fahne im Büro des höchsten Schweizer nichts zu suchen hat?
- Ist das Büro bereit, die umgehende Entfernung dieses Zeichens der Unterwerfung anzuordnen?
- Wenn nein: - Wird diese wenigstens bei offiziellen Empfängen / Besuchen jeweils entfernt?

[24.7214](#)

Blunschy. IT-Panne vom 5. März 2024: Grund und Auswirkungen?

Am 5. März 2024 wurden alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier darüber informiert, dass Laptops der Parlamentsdienste nicht mehr ein- oder ausgeschaltet werden sollen. Anscheinend hatte eine IT-Panne diverse Geräte lahmgelegt.

- Was war genau das Problem?
- Was war der Grund für die IT-Panne?
- Was waren die Auswirkungen?
- Gingen sensible Daten verloren?